



Prof. Dr. Jürgen Neyer

Einführung in die Politikwissenschaft

- Europaforschung III: Demokratie in der EU -

Nachholtermin am 1.7.2008

EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA FRANKFURT (ODER)



Was ist die Europäische Union?

- Intergouvernementales Regime
- Zweckverband funktionaler Integration
- Spielwiese für Unternehmer
- Ausdruck der Globalisierung/ verdichtete Globalisierung
- Globaler politischer Akteur

Prof. Dr. Jürgen Neyer, 4.4.2008, Collegium Polonicum

Wie funktioniert die Europäische Union?

- Intergouvernementale Verhandlungen
- Regierungen als Vertreter nationaler Lobbies
- Dominanz der Brüsseler Bürokraten
- Herrschaft des europäischen Rechts
- Mehrebenenverhandlungen mit multiplen Veto-Spielern (Kommission, Rat, Parlament, EuGH, nationale Öffentlichkeiten)

Prof. Dr. Jürgen Neyer, 4.4.2008, Collegium Polonicum

Ist die Europäische Union demokratisch?

Nein, denn

- Kein Demos, keine Medien, keine europäische Gesellschaft
- Schwache Rolle des Europäischen Parlamentes
- Intransparent, bürgerfern und zu kompliziert
- Politik hinter verschlossenen Türen
- Exekutivlastigkeit
- Politik „über Bande“

Prof. Dr. Jürgen Neyer, 4.4.2008, Collegium Polonicum



Die technokratische Verteidigung der EU

Majoritäre Demokratie ist defizitär weil

- Kurzfristige Zielverfolgung durch Politiker
- Politiken abhängig von wechselnden Wählerschaften
- Gefahr der Diktatur der Mehrheit

Nicht-majoritäre Institutionen sind hingegen

- Nicht direkt abhängig von Wählern und Politikern (Zentralbanken, Gerichte, etc.)
- schützen Minderheitsrechte und
- haben höhere Glaubwürdigkeit

Giandomenico Majone 1998: Europe's 'Democratic Deficit': The Question of Standards, in: ELJ 4:1



Die technokratische Verteidigung der EU:

Implikationen für die EU

- Regulative vs. distributive Politik
- Pareto-Optimalität vs. selektive Nutzenbeförderung)
- Politische vs. ökonomische Integration
- EU als „independent regulatory agency“ und „fourth branch of government“

Giandomenico Majone 1998: Europe's 'Democratic Deficit': The Question of Standards, in: ELJ 4:1



Die technokratische Verteidigung der EU:

Legitimationsquellen nicht-majoritärer Institutionen

Output-Legitimität (substantive legitimacy):

- (a) Expertise
- (b) Verfolgung des Gemeinwohls

Verfahren:

- (a) Unabhängigkeit
- (b) Kontrolle durch Gerichte
- (c) Transparenz
- (d) Rechenschaftspflichtigkeit

Giandomenico Majone 1998: Europe's 'Democratic Deficit': The Question of Standards, in: ELJ 4:1



Die liberale Verteidigung der EU

- Demokratie als Verteilung von Abwehrrechten
- Präferenzen als intrinsisch legitim
- Gute Verfahren als faire Aggregation von Präferenzen
- Größte Befürchtungen: zu viel staatliche Macht und unfaire Präferenzaggregation durch asymmetrische Interessenrepräsentation (Lobbies, Interessengruppen)

Andrew Moravcsik 2002: In Defence of the 'Democratic Deficit': Reassessing Legitimacy in the European Union, in: JCMS 40:4

Die liberale Verteidigung der EU:

Keine Gefahr vor dem EU-Superstaat

- enge materielle Grenzen (keine Steuern, Wohlfahrt, Polizei, Bildung, Kultur, Verteidigung)
- überwiegend Richtlinien
- kein Gewaltmonopol, dezentrale Umsetzung
- keine eigenen Finanzressourcen
- geringe administrative Kompetenzen
- Institutionelles Gleichgewicht
- Einstimmigkeit bei Vertragsveränderungen

Andrew Moravcsik 2002: In Defence of the 'Democratic Deficit': Reassessing Legitimacy in the European Union, in: JCMS 40:4

Die liberale Verteidigung der EU:

Demokratische Kontrolle

- Kontrolle durch EP
- Demokratische Verfasstheit der MS
- Hohes Maß an Transparenz
- Delegation nicht stärker als in MS und oftmals normativ notwendig (vgl. Majone)

Andrew Moravcsik 2002: In Defence of the 'Democratic Deficit': Reassessing Legitimacy in the European Union, in: JCMS 40:4



Veränderungen durch den Vertrag von Lissabon I

- Streichung des Begriffes „Wettbewerb“ aus dem Zielkatalog der Union
- Kodifizierung der „Kopenhagener Kriterien“
- Grundrechtecharta als Protokoll angehängt (ohne Polen und Großbritannien)
- Europäischer Rat als Organ
- Europäischer Außenminister („Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“)
- Verkleinerung der Europäischen Kommission ab 2014



Veränderungen durch den Vertrag von Lissabon II

- ab 2017: doppelte Mehrheit im Rat; bis 2017 Ioaninna-Klausel
- Vereinfachung der Möglichkeiten der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres (Anerkennung von Justizurteilen, Harmonisierung des Strafrechts, polizeiliche Zusammenarbeit)
- Keine explizite Nennung des Primates des Gemeinschaftsrechts
- Rechtspersönlichkeit
- Keine europäische Symbolik (Flagge, Hymne, Gesetz)
- Solidarität in Fragen der Energieversorgung
- Beitritt der Union zur EMRK